

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

30.4.1865 (No. 102)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 30. April.

N. 102.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Mai und Juni der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Neu-York, 15. Apr. (Köln. Ztg.) Ueber die Ermordung des Präsidenten Lincoln erfährt man folgendes Nähere: Das Theater, in welchem die That verübt wurde, war gedrängt voll. Inmitten des dritten Actes vernahm man einen Pistolenschuß, der Anfangs unbeachtet blieb, bis Lincoln's Gemahlin laute Hilferufe ausstieß. Alles drängte zur Loge; diese zeigte Blutspuren, die abgefeuerte Pistolet lag am Boden. Der Präsident wurde in ein nahegelegenes Privathaus geschafft und Schilowachen davor gestellt. Minister, Aerzte und Freunde umstanden sein Bett; Blut tröpfelte aus dem durchgeschossenen Schläfenbein, der Athem war schwer und die Bewusstlosigkeit ununterbrochen. Außer der Pistolet ward der Hut des Mörders in der Loge und ein Sporn auf der Bühne gefunden. Beide Gegenstände wurden als Booth's gehörend erkannt. Dieser entfloh auf einem Pferde, mit dem Jemand vor dem Theater auf ihn wartete. Die Polizei telegraphirte sofort nach allen Richtungen hin, Patrouillen durchzogen die Stadt und das Haus Johnson's wird militärisch bewacht. Seward's Ermordung erfolgte gleichzeitig; sein Mörder ist unbekannt. (Anderen Nachrichten zufolge ist es Edwin Booth, der Bruder von Wilkes Booth.) Ob eine weitverbreitete Verschwörung stattfand, ist noch ungewiß.

Neu-York, Mittwoch 19. Apr. Der neue Präsident Johnson sprach sich in seiner Antrittsrede nicht über seine künftige Politik aus, sondern äußerte nur die Ueberzeugung, daß die Verräther die vollste Strafe erhalten werden. Mobile ist am 12. d. besetzt worden. Sherman hat Raleigh besetzt. Der südstaatl. General Johnson zieht sich, eine Schlacht vermeidend, zurück. Man glaubt, er werde sich ergeben. Heute findet das Begräbniß Lincoln's statt. Seward befindet sich besser.

Gold 147 1/2, Wechsel 161, Bonds 107, Baumwolle 35.

Deutschland.

Karlsruhe, 29. Apr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 19 enthält eine Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern, die Beförderung für die Kreisverwaltungen betreffend.

Frankfurt, 28. Apr. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 27. Apr.

Die Bundesversammlung empfing die Anzeige, daß der seitberige präsidirende Bevollmächtigte der Bundes-Militärkommission, Generalmajor Frhr. v. Nitzow, unter gleichzeitiger Ernennung zum Feldmarschallleutnant abberufen und an seine Stelle der k. k. Generalmajor Frhr. Padenj von Kiehlstädten ernannt worden sei. Von der k. k. österreichischen Regierung wurde ferner mit Begehung auf den Bundesbeschluss vom 8. Okt. 1863 die Erklärung abgegeben: Die kaiserl. Regierung sei geneigt, unter Vorbehalt seinerzeitiger verfassungsmäßiger Behandlung, 1) der von der in Folge Bundesbeschlusses vom 5. Dez. 1861 einberufenen Kommission von Sachmännern entworfenen Vereinbarung über die bei Gewährung des Patentschutzes für Erfindungen zu beobachtenden allgemeinen Bestimmungen beizutreten und diese Bestimmungen zur gelegentlichen Geltung zu bringen, und 2) auch der von dieser Kommission entworfenen Vereinbarung über gegenseitige Geltung der Patente sich anzuschließen, wenn noch der Beitritt einer hinreichenden Anzahl anderer deutscher Staaten erfolgt, welche zusammen ein Gebiet von angemessener Größe für die Wirksamkeit der Vereinbarungen herstellen.

Von dem Ausschuss zur Vollziehung des 14. Art. der Bundesakte ward über eine Beschwerde des Grafen von Erbach-Erbach wegen Zurückgabe entzogenen Eigenthums Bericht erstattet, und darauf der Beschluss gefaßt, in einer spätern Sitzung darüber abzustimmen. Ein Vortrag des Militärausschusses betraf die sämtlichen Rechnungen der Bundesfestung Luxemburg aus dem Jahr 1861, deren Erledigung nunmehr ausgesprochen wurde.

Auf Antrag des handelspolitischen Ausschusses ward der Beschluss gefaßt, wegen der angestrebten Einführung gleichen Maßes und Gewichts in allen Bundesstaaten nochmals eine Kommission von Sachmännern niederzusetzen und dieselbe zu beauftragen, auf Grundlage des bereits vorliegenden, im Prinzip nahezu von sämtlichen hohen Bundesregierungen gebilligten Sachverständigen-Gutachtens, alle diejenigen Punkte des Systems und der Ausführung, deren unbedingte Uebereinstimmung in allen Staaten festzuhalten sein würde, definitiv zu formulieren und in einer zur Publikation geeigneten Weise zu registrieren. Von der k. preussischen Regierung ward hieran die Erklärung gefügt, daß dieselbe an den beschlossenen Beratungen sich betheiligen werde und daß der bevorstehende Sommer als geeigneter Zeitpunkt für die Zusammenkunft der Kommission erscheine.

Stuttgart, 28. Apr. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde die Beratung des Etats der Forstverwaltung fortgesetzt. Am Schluss der Sitzung erschienen der Hr. Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Arnhäuser, legte die beiden ratifizirten Eisenbahn-Verträge mit Baden und Preußen vor, und brachte einen Eisenbahnbau-Gesetzentwurf ein, unter Zurückziehung des vom vori-

gen Ministerium eingebrachten, wornach (wie Ihnen bereits kurz telegraphisch berichtet) in der Etatsperiode von 1864/67 folgende Eisenbahnen gebaut werden sollen: 1) Von Heilbronn nach Jaxfeld, statt der früher beschlossenen nach Neckarelz; 2) von Mühlheim über Horb nach Rottweil im Thalwege des Neckars, also durch hohenzollern'sches Gebiet; 3) von Hall nach Crailsheim (bereits im Bau begriffen); 4) von Goldshöhe über Ellwangen nach Crailsheim (gleichfalls schon in Angriff genommen); 5) von Wildbad durch das Engthal über Neuenbürg nach Pforzheim (zum Anschluß an die Pforzheim-Durlacher Bahn). Die Kosten für diese 5 Bahnlinien sind mit Einschluß der Kosten der Errichtung einer Reparaturen-Werkstätte in Alen auf 24,500,000 fl. berechnet.

Ferner sollen in der Etatsperiode von 1864/67 wenigstens in Angriff genommen werden die folgenden Bahnlinien: 1) Von Jaxfeld nach Dierburten, zum Anschluß an die Heilbronn-Jaxfelder und die Heidelberg-Mosbacher Bahn; 2) von Crailsheim nach Mergentheim und von da nach Landa zum Anschluß an die badische Denwaldbahn; 3) von Rottweil a) nach Schwemmingen und Willingen zum Anschluß an die dortige badische Bahn, b) nach Spaichingen und Tuttlingen und von da nach Jüdingen zum Anschluß an die dortige badische Bahn; 4) von Stuttgart direkt in den Schwarzwald, und zwar von Feuerbach über Leonberg, Weil der Stadt nach Calw, und von da dem Nagoldthal entlang nach Nagold und Horb; 5) von Ulm über Blaubeuren und Mengen nach Sigmaringen in Hohenzollern; 6) von Leutkirch über Waldsee nach Mengen, und 7) von Tübingen nach Hechingen (in Hohenzollern) und Balingen. Für den Beginn dieser letztern 7 Bahnen sind 9 Millionen Gulden in Vorschlag genommen, und sollen diese nebst obigen 24 1/2 Millionen, soweit sie nicht aus der Grundstücks-Verwaltung und aus verfügbaren Mitteln der Restverwaltung bestritten werden, durch Staatsanleihen aufgenommen werden.

Die Eisenbahn-Verträge wie der Gesetzentwurf werden der volkswirtschaftl. Kommission zur schleunigen Berichterstattung zugewiesen.

Kassel, 27. Apr. (Fr. Z.) In heutiger öffentlicher Sitzung der Ständeversammlung begründete der Abg. Erbert seinen Antrag: die Staatsregierung wiederholt und dringens anzufragen, daß sie die gegen die Presse und das Vereinswesen erlassenen Verordnungen von 1854 ohne Verzug beseitige. Garnier, Falkenheimer, Denhard und Wippermann sprachen sich für diesen Antrag aus und empfahlen sofortige definitive Beschlußnahme. Der Antrag wurde dann angenommen. Nur fünf Stimmen, der Ritterschaft angehörig, waren dagegen. Es folgte die Beratung der Expropriationsvorlage.

Hannover, 27. Apr. (Fr. Z.) Die Zweite Kammer beschäftigte sich heute mit den Zollvereins-Verträgen und dem deutsch-französischen Handelsvertrag. Wie vorherzusehen, wurden dieselben einstimmig genehmigt. R. v. Bennigsen kam nochmals auf die unbegreifliche Zauberpolitik Hannovers in dieser Angelegenheit zurück, die seines Erachtens Ursache sei, daß Hannover nicht günstigere Bedingungen erlangt habe. Zum Theil wohl möge die Zögerung aus handelspolitischen Gründen erfolgt sein; mit im Spiel gewesen seien aber auch jedenfalls politische Gründe; denn zur Zeit der Krisis sei Hannover meist noch mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten gegangen, während jetzt ein Umschwung, nach der Seite Preußens eingetreten, der seiner Ansicht nach viel zu weit gehe und die politische Konsequenz Hannovers in bedenklichem Licht erscheinen lasse. Ein Zollvereins-Parlament würde es so schwer zu verwirklichen sein, als ein Parlament für die Angelegenheiten der Nation überhaupt. Finanzminister Erleben verteidigte das Vorgehen der Regierung in dieser Frage und bekämpfte den Ausschusstrag, der einen Tadel der Zollvereins-Verfassung enthält. Gleichwohl ward derselbe gegen 5 Stimmen (darunter die der beiden Minister Erleben und Windthorst) angenommen.

Berlin, 27. Apr. (Berl. Bl.) Gestern Abend fand die zweite Sitzung der Marinekommission unter ungemein starker Betheiligung von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses statt. Die Regierung war vertreten durch die Minister v. Bismarck und v. Roon, den Contradmiral Jachsmann, den Geh. Admiralitätsrath Jacobs, den Geh. Legationsrath Abeken und den Geh. Oberfinanzrath Wölk. Die Gegenwart der genannten Vertreter der Regierung ermöglichte die Beratung des politischen und diplomatischen Theils der Vorlage.

Abg. Birchow führte als Referent aus, die Landesvertretung sei nicht in der Lage, für die Befestigung des Kieler Hafens Geld zu bewilligen, da sich der Plan auf ausländisches Gebiet beziehe, es sei denn, daß die Regierung für denselben einen Rechtsmittel nachweisen könne. Der Friedensvertrag mit Dänemark, aus dem dem Lande Kosten erwachsen, sei der Landesvertretung nicht zur Genehmigung vorgelegt. Was über die Verhandlungen mit Oesterreich in der Presse bekannt geworden, sei nicht authentisch; man wisse nicht einmal, ob die Nachrichten über die preussischen Forderungen sicher seien. Es sei nicht recht verständlich, wenn in den Motiven zur Vorlage von der „Ehrenpflicht“ Preußens für die deutschen Nordmarken die Rede

sei. Referent könne daher nicht einmal einen Antrag stellen, bevor er nicht genau wisse, was die Regierung beabsichtige.

Der Ministerpräsident v. Bismarck bemerkte darauf: Die in der Thronrede zugesagte Vorlage über die Kriegskosten sei verzögert worden, weil der Rechnungsabschluss erst seit kurzem erfolgt sei. Sie werde aber baldigst erscheinen und eine Darlegung der Beizereignisse nebst dem Nachweise bringen, weshalb der Krieg ohne Bewilligung der Mittel geführt werden mußte, ferner eine Beleuchtung der völkerrechtlichen Lage der Sache, verbunden mit einer Mittheilung der Aktenstücke, soweit dieselbe möglich sei. Hätte man daran gedacht, daß die Frage über den Kieler Hafen dadurch in den Vordergrund treten würde, so hätte man die Vorlage, der man nur eine technische Bedeutung beilegte, vertagt. Preußen sei Mitbesitzer von Schleswig-Holstein und mithin auch von Kiel. Es hoffe sich mit Oesterreich über die Frage zu verständigen und zu ermöglichen, daß Kiel ein Kriegshafen werde für die preussische, eventuell für die deutsche Flotte, welche sich aus der preussischen und aus den maritimen Kräften anderer norddeutscher Staaten zusammensetzen sollte. Preußen habe auch weitere Forderungen an Oesterreich gestellt, darüber lasse sich jedoch verhandeln. Von keiner deutschen Regierung sei Preußen ein bestimmter Widerspruch entgegengetreten; einzelne wollten mehr bewilligen als Preußen verlangte, alle aber hätten den Kieler Hafen als äußerste Grenze der Forderungen zugestanden. Der Abschluss der Erwerbung könne nicht forciert werden, es sei aber wahrscheinlich, daß Kiel in den Besitz Preußens komme. Der Landtag sei dazu eine bedeutende Hilfe oder ein entschiedenes Hinderniß, denn ohne Bewilligung der Kosten für die Befestigung des Hafens sei Kiel ein werthloser Besitz. Im Interesse der Sache sei zu wünschen, daß der Landtag zu einem festen Entschluß käme, der keine Umkehr zulasse, daß er den Feldherrnstab über die Mauer wärfe und sagte: „Kiel muß gewonnen werden!“ Die Regierung müsse für weitere Unterhandlungen wissen, ob sie die Landesvertretung hinter sich habe. Die Regierung wolle den Besitz von Kiel zur Bedingung jeder Verhandlung über die Elbherzogthümer machen, eine größere Flotte allein, eventuell mit Hilfe anderer Staaten gründen. Die mit der Erwerbung verbundenen Lasten könnten von einer preussischen Landesvertretung nicht beauftragt werden.

Der Kriegsminister v. Roon fügte hinzu, der Bau großer Schiffe ohne den Besitz eines Hafens zu ihrer Vergütung sei eine Verschwendung; an einem solchen Hafen habe es bisher gefehlt, erst der letzte Krieg habe den Mangel eines solchen gebracht, der Aussicht auf Dauer gewähre; darauf beruhe der neue Flotten-Gründungsplan. Die Aufbringung der Mittel durch die jährlichen Etats sei unthunlich, sie werde die wirtschaftliche Disposition verhindern; darum sei ein Gesetz notwendig geworden. Der Spezialplan von Kiel und Umgebung sei in Angriff genommen, aber für die nächste Zeit zur Vorlegung noch nicht geeignet.

Abg. v. Sauten-Julienfeld erklärte sich zu jeder Bewilligung bereit, aber nur einem Ministerium gegenüber, das das Budgetrecht des Hauses achte; das gegenwärtige habe auch nicht den geringsten Versuch zur Ausgleichung des Konfliktes gemacht und doch würde kein solcher Versuch vergebens gewesen sein. Dagegen fordere das Ministerium den höchsten Beweis des Vertrauens. Die im Jahr 1850 zur Aufrichtung der Union bewilligte Anleihe sei gegen die Union benutzt worden und der Hr. Ministerpräsident habe den Schritten der damaligen Regierung zugestimmt; er sei daher jetzt gegen jede Anleihe.

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Aeußerungen des Redner's, der dem Ministerium näher stehe als andere Mitglieder der Kommission, schweifen von der Sache ab und seien bestreudend. Die Loyalität des Ministeriums sei nicht in Zweifel zu ziehen; es habe stets den Rath seiner Meinung gehabt. Es habe durch die Anleihen Mittel genug zur Verfügung gehabt, aber trotz der Kriegskosten keinen Groschen davon angerührt. Preußen müsse jetzt eine Seemacht werden, namentlich um den kleinen Seemächten gewachsen zu sein. Das Haus könne ja die Mittel zur Befestigung von Kiel bedingungsweise (d. h. mit Rücksicht auf den Erfolg der preussischen Politik in Bezug auf Kiel) bewilligen, sie limitiren: kein Kiel, kein Geld.

Abg. Birchow: Es komme nicht bloß auf die Zustimmung der deutschen Staaten, sondern auch auf die der Landesbevölkerung selbst an, wenn von Erwerbungen in den Herzogthümern die Rede sei. Die Landesvertretung würde den Wunsch auf Besitz des Kieler Hafens unterstützen, allein es scheine sich um eine categorische Forderung, um einen Zwang zu handeln, und da sei die Zustimmung zweifelhaft. Nach der Vorlage scheine man eventuell den dänischen und skandinavischen Flotten entgegenzutreten zu wollen; habe man aber auch an den Fall gedacht, vertrat mit diesen Flotten der russischen die Spitze bieten zu müssen und den Sund zu sperren? — Der Redner beleuchtet die einzelnen Forderungen, hält die Bewilligung zur Beschaffung gezogener Geschütze für unerlässlich; für fremde Territorien könne das Haus keine Bewilligungen machen.

Ministerpräsident v. Bismarck hält eine Verständigung in Bezug auf die innere wie auf die äußere Politik für dringend wünschenswert. Ein besseres Verhältnis zu den Staaten des Nordens wäre vortheilhaft, dazu sei indessen die Aufregung gegenwärtig noch zu groß. Ueber die Stärke der russischen Marine wisse man nichts Genaueres. Preußen habe in der Kieler Bucht nur die Strecke zwischen Friedrichsort und Holtenau und die gegenüberliegenden Orte verlangt. Ueber die preussischen Forderungen hätten die Berliner Blätter ziemlich genau berichtet; Näheres werde die Vorlage bringen. Ueber eine zwangsweise Durchführung ließe sich begrifflicher Weise hier und jetzt nichts sagen. Die Zustimmung Oesterreichs sei notwendig, die Zustimmung der Bevölkerung der Herzogthümer ratsam. Ein Bruchtheil der deutschen Nation habe nicht das Recht, zu versagen, was im Interesse des Ganzen notwendig sei.

Kriegsminister v. Roon: Die noch fehlenden statistischen Nachrichten und jede Auskunft, die zur Erläuterung dienen kann, sollen noch geliefert werden; es müsse aber auf einer bestimmten, dauernden Basis verhandelt werden. Durch ratenweise Bewilligung könne eine künftige Regierung, wenn ihr etwa eine potenzierte Fortschrittspartei gegenüberstände, leicht in begünstigten Unternehmungen gehemmt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Bunsen erklärt der Gantredirektor Jauchmann den Kieler Hafen für einen ganz vorzüglichen; er sei leicht zu verteidigen, und biete in allen Jahreszeiten Schutz. — Abg. Stavenhagen ist für den Zweck der Vorlage und Etalierung der Mittel, gegen die Anleihe. Preußen müsse zu seiner Sicherheit und zur Sicherheit der Herzogthümer den Kieler Hafen festhalten, den ihm schließlich Niemand streitig machen werde. — Abg. Duncker verlangt Mittheilung der Aktenstücke, betreffend die Verhandlungen mit den Hansestädten über die Kanonenboot-Flotte.

Ministerpräsident v. Bismarck wünscht noch eine Erklärung abzugeben in Bezug auf die Zeitungsnachrichten der letzten Tage über das Verhältnis Oesterreichs zu Preußen. Es sei richtig, daß Oesterreich besorgt habe, von Preußen durch zwei Dinge in seinem Recht als Mitbesitzer der Herzogthümer beschränkt zu werden: durch die Marinevorlage und durch die Verlegung der Flottenstation von Danzig nach Kiel. Die Vorlage sei eine innere Angelegenheit zwischen zwei preussischen Behörden, also kein Gegenstand diplomatischer Verhandlungen. Die Verlegung der Flottenstation sei unter dem 24. März vom König befohlen worden, aber nicht in einem Umfang, der über das Recht des Mitbesizers hinausginge, im Uebrigen auch in der Hoffnung einer leichten Verständigung mit Oesterreich. Die Regierung müsse bei Dem stehen bleiben, was sie gethan habe, und werde sich durch keine Einsprüche Zwang anthun lassen, andererseits aber auch gegen ihre völkerrechtliche Verpflichtung nicht verstoßen.

Abg. Birchow: Es sei von Zugeständnissen an Oesterreich die Rede gewesen, und es lebe im Volk eine große Besorgnis über das Zusammengehen mit Oesterreich, namentlich seitdem Gerüchte über Kompensationen in Umlauf gekommen. Es sei wünschenswert, das Haus und das Land darüber zu beruhigen. — Ministerpräsident v. Bismarck: Es seien weder Vorschläge gemacht, noch angenommen worden, wodurch Rechte preussischer Unterthanen verletzt oder durch welche die Gesetze des preussischen Staates auf lange Zeit hin beeinträchtigt werden könnten.

Hierauf wird die Sitzung gegen 10 Uhr nach fast vierstündiger Dauer geschlossen und die nächste auf Donnerstag Abends 6 Uhr angesetzt.

Berlin, 28. Apr. (Köln. Ztg.) In der Marinekommission war gestern Abend kein Minister anwesend, nur die Regierungskommissäre Jauchmann, Abeken, Mölle und Jacobs. Letztere legten eine Uebersicht der seefähigen Mannschaften Preußens und Schleswig-Holsteins und der maritimen Kräfte der übrigen Seemächte nebst den betreffenden Etatssummen vor. Abeken erklärte, welche Stände Schleswig-Holsteins einberufen werden sollten, sei eine offene Frage; die Regierung wolle den freiesten Ausdruck der Meinung Schleswig-Holsteins, aber Preußen könne nicht allein handeln. Jauchmann erklärte Anlagen auf Rügen für unnötig und daß die Regierung mit einer englischen Gesellschaft wegen Anlagen in der Kieler Bucht nicht in Verbindung stehe. Birchow beantragt: 1) Die Vorlage ist abzulehnen; 2) das Haus wolle bewilligen: a) die ersten Raten für den Jachsen-Bau und Gußstahl-Geschütze, wenn ein Verteilungsplan für mehrere Jahre vorgelegt werde, b) eine angemessene Vermehrung des Marinebudgets; 3) es ist auszusprechen: die Erwerbung des Kieler Hafens ist notwendig, und die Befestigungsmittel sind zu bewilligen, wenn der Besitz durch Vertrag mit den Herzogthümern festgestellt und das Haus durch Anerkennung seines Budgetrechts in der Lage ist, neue Anleihen zu bewilligen. Möller beantragt, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung auf dem Wege der Unterhandlung eine verhältnismäßige Beteiligungs der Küstenstaaten, besonders auch der Hansestädte, bezüglich der Kosten und der Mannschaften bewirke. Hartort beantragt die Aufhebung der Beschlüsse bis zur Vorlegung der Kriegskosten-Rechnung. Duncker beantragt die Vorlegung der Akten über die Verhandlungen mit den Hansestädten, betreffend den Bau einer Kanonenboot-Flotte. Duncker's Antrag wird sofort angenommen; die übrigen sollen erst gedruckt werden.

Berlin, 28. Apr. Der „Staatsanzeiger“ meldet, daß Hr. v. Bismarck aus Anlaß der Ermordung des Hrn. Lincoln und des Attentats auf Hrn. Seward durch den Unterstaatssekretär, Hrn. Thile, dem Uniongesandten, Hrn. Judd, ein Beileidschreiben überbringen ließ.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm der Abg. Loewe (Dortmund) vor der Tagesordnung das Wort.

Er habe das Wort erbeten für eine Mittheilung und mit der Bitte um Theilnahme für eine Thatsache, deren Bedeutung über den Kreis hinausreicht, den sie unmittelbar betroffen: den Tod des Präsidenten Lincoln durch verrücktes Verbrechen unmittelbar nach dem Sieg seiner Sache. Eine große Zahl der Kollegen haben das Bedürfnis gefühlt, dem erschütternden Tode des Präsidenten Lincoln ihre Theilnahme auszudrücken durch eine Adresse, die indes nicht vom Hause, sondern von den einzelnen Abgeordneten ausgehe. Er bitte, daß die Mitglieder ihre Theilnahme für eine Nation, die den Kampf um die Menschlichkeit müßig und ruhmvoll durchgeführt, durch zahlreiche Unterschriften ausdrücken. Der einfache Mann, den nach dem Siege seiner Sache die Hand des Verbrechens getroffen, werde seine Stelle in den Blättern der Geschichte finden. Er bitte, daß die Mitglieder des Hauses der Anerkennung der einfachen Größe dieses Dieners seines Volkes sich zahlreich anschließen.

Das Haus erhebt sich, mit Ausnahme der Konservativen und eines Theils des Centrums und der Liberalen. Der Abg. Wagner motivierte die Nichttheilnahme der Konservativen dadurch, daß Ausdrücke der Politik nach außen nicht von diesem Hause ausgehen könnten, und weil die Aufforderung eine geschäftsordnungswidrige sei. Hätte es sich um Ausdruck der Theilnahme und Enttäuschung gehandelt, so würde er sich angeschlossen haben, aber die Aeußerung über anderweitige politische Verhältnisse liege außerhalb der Kompetenz des Hauses. Graf Schöwin: Er und seine Freunde hätten in den Worten des Abgeordneten von Dortmund nichts Geschäft-

ordnungswidriges gefunden; derselbe habe ausdrücklich eine Manifestation des Hauses nicht hervorrufen wollen, und wenn ein Theil des Hauses freiwillig aufgestanden sei, so sei dies keine Manifestation des Hauses; dem privaten Ausdruck der Theilnahme und Sympathie durch eine Adresse würde er und seine Freunde sich wohl auch anschließen können.

Der Finanzminister brachte die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1862 ein. Der Präsident leitete die Tagesordnung (Militärvorlage) mit einer Anrede ein, welche den Wunsch ausdrückte, daß die Beratung auf dem Boden der Verfassung eine Verständigung herbeiführen möge. Es sprechen bis zum Abschluß die Abgg. Stavenhagen und Westren und der Kriegsminister v. Roon.

Wien, 27. Apr. (A. Z.) Indem Preußen die Einberufung der Stände der Herzogthümer hier in Wien nur ganz im Allgemeinen anregt, enthält die betreffende Verbaldepeche weder über den Modus dieser Einberufung noch über die den Ständen zuzuwendenden Verhandlungsgegenstände auch nur eine Andeutung. Daß man in der letztgedachten Beziehung von hier aus ein Eintreten der Landesrepräsentation in die staatsrechtliche Frage nicht bloß als wünschenswert, sondern als selbstverständlich erachtet, glaube ich Ihnen bereits signalisirt zu dürfen; bezüglich des Einberufungsmodus aber scheint man hier dasjenige Vorgehen für das zweckentsprechendste und zugleich korrekteste zu halten welches zunächst, auf Grund der letztgültigen Verfassung, das Zusammentreten der gesonderten hollsteinischen und schleswig'schen Stände veranlaßt, und es dann der eventuellen Initiative der einen wie der andern anheimstellt, ihre Verschmelzung in eine einzige schleswig-hollsteinische Ständeversammlung auf Grundlage des Wahlgesetzes von 1848 zu beantragen.

Italien.

Turin, 27. Apr. Der Senat hat den Gesetzentwurf angenommen, welcher das Strafgesetzbuch auf Sardinien ausdehnt. — In der Abgeordneten-Kammer verlangte der Siegelbewahrer den Aufschub bis auf morgen der Diskussion des Gesetzentwurfs bezüglich der Aufhebung der religiösen Körperschaften. Massari verlas eine Adresse an den amerikanischen Kongreß, welche den lebhaften Schmerz ausspricht, den die italienische Kammer bei der Nachricht von der Ermordung Lincoln's empfunden hat. — Auf die Interpellation der H. L. Laporta und Sineso über das Gerücht von Unterhandlungen mit Rom antwortete der Justizminister, daß in Folge einer Aufforderung des Papstes die Regierung des Königs Hrn. Vegezi nach Rom geschickt habe, um bezüglich der vakanten Bischofsstühle zu unterhandeln. General Lamarmora erklärte auf die Interpellation einiger Abgeordneten, der Aufschub der Debatten über den Gesetzentwurf der Aufhebung der religiösen Korporationen stehe nicht im geringsten mit den Unterhandlungen mit Rom in Beziehung. Die Mission des Hrn. Vegezi sei durchaus unabhängig von der des Hrn. v. Persigny, mit welchem Hr. Vegezi durchaus keine Beziehung gehabt habe.

Frankreich.

Paris, 28. Apr. Der Kaiser tritt definitiv morgen früh 8 Uhr die vielbesprochene Reise an. Er wird von den Generalen Fleury und Castellau, von 2 Ordnungsoffizieren und seinem Privatsekretär Pietri begleitet werden. Die Kaiserin und der kaiserl. Prinz geleiten Se. Maj. bis nach dem Hyoner Bahnhof. Der Kaiser wird Samstag Abend und Sonntag Morgen in Lyon bleiben, und dort wahrscheinlich mit den von Nizza kommenden russischen Majestäten zusammenkommen. Sonntag Nachmittag wird der Kaiser seine Reise nach Marseille fortsetzen, wo die Panzerregatten, welche ihn nach Algier geleiten, heute eintrafen. Während der Abwesenheit des Kaisers wird die Kaiserin dem Ministerrath prästiren; ein Regenschafter ist nicht eingesetzt, da der Kaiser französisches Gebiet nicht verläßt.

Mittheilungen aus Mexiko zufolge ist Juárez noch keineswegs gewonnen, den Kampf gegen die neue Ordnung der Dinge aufzugeben. In einer Proklamation verspricht er jedem Amerikaner, der mit ihm kämpfen wird, materielle Vorteile, z. B. eine gewisse Quantität Grundbesitz je nach seinem Grad in der Armee oder der Zahl der rekrutirten Leute. — Morgen findet in der hiesigen amerikanischen Kirche ein Trauer-Gottesdienst für Lincoln statt. — Die „Indep. belge“ wurde heute wieder nicht ausgegeben. — Heute Abend findet die erste Aufführung der „Afrikanerin“ statt. Am Schlusse wird in einer Art von Apotheose die Büste Meyerbeer's bekränzt werden.

Die Börse war bewegt; schließlich blieb die Baissa Sieger. Rente 67.40, Cred. mob. 763.75, ital. Anl. 65.50.

Nizza, 28. Apr. Die Abführung der Leiche des Großfürsten aus der Kirche und die Zeremonie in Villafrauca haben heute Nachmittag um 3 Uhr stattgefunden. Prinz Murat und Admiral Duperré sind angekommen, sowie der Prinz Wilhelm von Baden und ein Adjutant des Königs von Württemberg. Der Kaiser von Rußland hat diesen Morgen die Generale, den Präfecten, den Admiral und den Maire versammelt und ihnen für die Theilnahme, die sie an dem Verlust kundgegeben, der die kaiserl. Familie betrauert hat, gedankt. Morgen Abend um 7 Uhr wird der Kaiser abreisen.

Großbritannien.

London, 27. Apr. Die auf die Ermordung des Präsidenten Lincoln bezügliche Depeche des amerikanischen Kriegsministers Hrn. Stanton an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London, Hrn. Adams, lautet, wie folgt:

Sir! Es ist meine traurige Pflicht, Ihnen zu melden, daß gestern Abend St. Excel. Adm. Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, ungefähr um halb 11 Uhr in seiner Privatloge in Ford's Theater in der Stadt erschossen worden ist. Etwa um 8 Uhr begleitete der Präsident seine Gemahlin in's Theater. Noch eine andere Dame und ein anderer Herr befanden sich bei ihnen in der Loge. Ungefähr um halb 11 Uhr während einer Pause trat der Mörder in die Loge, deren Thür unbewacht war, näherte sich rasch von hinten dem Präsidenten

und feuerte ein Pistol auf seinen Kopf ab. Die Kugel drang in den Hinterkopf und ging beinahe ganz durch das Haupt. Der Mörder sprang sodann aus der Loge auf die Bühne, schwang mit dem Ruf: „Sie semper tyrannis!“ ein großes Messer oder einen Dolch und entwichte hinten aus dem Theater. Gleich nachdem der Schuß abgefeuert worden war, fiel der Präsident bewußtlos zu Boden und blieb bis 7 Uhr heute früh, wo er seinen letzten Athemzug that, in diesem Zustand.

Ungefähr um dieselbe Zeit, wo der Mord im Theater verübt ward, erschien ein anderer Mordmörder an der Thür der Wohnung des Hrn. Seward, erlangte Zutritt unter dem Vorgeben, daß er eine von seinem Arzt verordnete Medizin zu überbringen und ihm zu übergeben habe, und eilte in das Zimmer im dritten Stock, wo Hr. Seward lag. Dort bemerkte er Hrn. Friedrich Seward, versetzte ihm einen Hieb über den Kopf, brachte ihm mehrere Wunden bei, und zerschmetterte dessen Schädel an zwei Stellen. Die Wunden sind, wie man fürchtet, tödlich. Darauf fügte er in das Zimmer, wo Hr. Seward, der von seiner jungen Tochter und einem Krankenwärter gepflegt wurde, im Bett lag. Der Krankenwärter erhielt einen Stich durch die Lungen und wird vermutlich sterben. Der Mörder versetzte hierauf Hrn. Seward mit einem Messer oder Dolch zwei Stiche in den Hals und zwei in's Gesicht und brachte ihm furchtbare Wunden bei. Um diese Zeit erreichte Major Seward, ältester Sohn des Staatssekretärs, und ein Diener das Zimmer und eilten dem Staatssekretär zu Hilfe. Auch sie wurden in dem Kampf verwundet und der Mordmörder entwich. Keine Arterie oder wichtiges Blutgefäß ward durch eine der dem Staatssekretär beigebrachten Wunden durchschnitten; aber er war lange in Folge des Blutverlustes ohne Besinnung. Man hegt einige Hoffnung, daß sein Leben gerettet werden könne.

Gleich nach dem Tode des Präsidenten ward der Vorfall dem Vizepräsidenten Johnson angezeigt, der sich zufällig in der Stadt befand und auf den die Präsidentenwürde nun übergeht. Er wird heute sein neues Amt antreten. Der Mörder des Präsidenten ist entdeckt worden, und Beweise sind an den Tag gekommen, daß diese furchtbaren Verbrechen die Ausführung einer reißlich überlegten Verschwörung waren, welche die Rebellen unter dem Vorwande angezettelt hatten, den Säben zu rächen und der Sache der Rebellen Vorschub zu leisten. Doch hofft man den direkten Thäter habhaft zu werden. Das durch diese Verbrechen verursachte Gefühl ist so stark, plötzlich und überwältigend, daß ich gegenwärtig nicht mehr thun kann, als Ihnen die Thatsachen mitzutheilen. Der Präsident hatte gestern so früh wie möglich einen Kabinetsthat einberufen, welchem General Grant beizuwohnen. Er war heiterer und fröhlicher, als ich ihn je zuvor gesehen hatte, freute sich auf die nahe Aussicht eines festen und dauerhaften Friedens im Innern und mit dem Auslande, gab in auffallendem Grade das Wohlwollen und die Menschlichkeit seines Wesens kund, sowie den milden und zum Vergleichen geneigten Geist, der ihn so sehr auszeichnete. Es war öffentlich angezeigt worden, daß er und General Grant im Theater erscheinen würden, und die Gelegenheit, den Generalleutnant der Zahl der zu ermordenden Opfer hinzuzufügen, wurde ohne Zweifel zur Ausführung der Pläne benützt, welche offenbar seit einigen Wochen vorbereitet worden waren. General Grant jedoch war verhindert, zu erscheinen, und entging so dem gegen ihn gerichteten Attentat.

Ich brauche nichts über den Einfluß zu sagen, welchen diese schreckliche Ermordung des Präsidenten möglicher Weise auf die Angelegenheiten unseres Landes ausüben wird; nur so viel will ich bemerken, daß die Frevelthaten, zu welchen die Feinde des Landes ihre Zuflucht genommen haben, voraussichtlich in keiner Weise die Vaterlandsliebe unserer Landesleute schwächen oder die vollständige schließliche Niederwerfung der Rebellion verzögern werden. In tiefem Schmerz über die Ereignisse, welche Ihnen mitzutheilen meine Pflicht war, habe ich die Ehre u. s. w. Edward Stanton.

Die englischen Blätter, denen wir vorstehende Depeche entnehmen, bringen das Datum derselben nicht. Doch ist sie offenbar aus Washington vom 15. April datirt.

Kurz nach Eintreffen der Nachricht vom Tode des Präsidenten Lincoln fand eine Versammlung von Parlamentsmitgliedern aller Parteien statt, und es ward folgende Adresse an den Gesandten der Vereinigten Staaten unterzeichnet, die gestern Abend um 6 Uhr überreicht wurde:

Wir, die unterzeichneten Mitglieder des britischen Hauses der Gemeinen, haben mit dem tiefsten Abscheu und Bedauern gehört, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika durch eine gewaltthätige Handlung des Lebens beraubt worden ist; und wir wünschen dem gegenwärtig in London weilenden amerikanischen Gesandten unsere Theilnahme wegen des traurigen Ereignisses auszudrücken, sowie unsere Hoffnung und unser Vertrauen auf die Zukunft jenes großen Landes auszudrücken, welches sich hoffentlich auch in Zukunft aufgestellter Freiheit erfreuen und in friedlichen Beziehungen zu England und allen andern Ländern stehen wird.

London, 27. Apr. Von nah und fern treffen Berichte ein, welche den Schrecken und die Bestürzung schildern, die allwärts auf die Bekanntwerdung der Trauerkunde aus Amerika folgten. Liverpool, Manchester, Birmingham und andere bedeutende Handelsplätze waren es vor allen, auf welche die Nachricht von dem schrecklichen Verbrechen den bedeutendsten Eindruck machte; eine Zeit lang kam der Zustand wenigstens der Geschäftsleute fast der Besinnungslosigkeit gleich. Hier in der Hauptstadt ward das erste in nackten Ausdrücken die bloße Thatsache der Ermordung mittheilende Telegramm gegen Mittag bekannt und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit von Mund zu Mund. Manche ungläubige Hörer, zumal diejenigen, welche der Sache der Freiheit in dem Kampfe gegen die Sklaverei ihre Sympathien zugewandt hatten, trösteten sich noch mit der Hoffnung, die furchtbare Kunde werde sich in einen Verlesenschwund auflösen; wer aber auf dem amerikanischen Konsulatsgebäude das Sternenbanner, welches vor wenigen Tagen wegen des Einzugs der Bundesstruppen in Richmond und kurz darauf wegen der Waffenstreckung Lees noch triumphirend in den Lüften geweht hatte, jetzt auf die halbe Masthöhe gesenkt sah, mußte sich des tröstenden Zweifels begeben. Auch dauerte es nicht lange, bis Extrablätter eine ausführlichere Schilderung der Schandthaten brachten. Der Zweifel ward eine Unmöglichkeit. Die Aufregung gab sich zumal vor den Zeitungsständen kund, welche von Käufern bestückt wurden. Die Pressen waren nicht schnell genug, um mit der Nachfrage gleichen Schritt zu halten, und von Zeit zu Zeit stiegen einzelne Nummern zu unerhörten Preisen. Für die dritte

Ausgabe der „Times“ wurden auf der Straße 2 1/2 Schilling, 25 Sgr., per Nummer bezahlt; die Abendblätter waren nur zu doppelten und dreifachen Preisen zu haben. Auf der Börse, auf den Waarenmärkten äußerte sich die Bestürzung in evidentester Weise. Das Geschäft stockte sofort; nach den ersten Ausrufen des Entsetzens oder des Staunens lenkte sich die Aufmerksamkeit ausschließlich auf das Gespräch über die wahrscheinlichen Folgen der Blutthat; ein Gespräch, dessen Summe keine rechtliche für das kommerzielle Interesse war; man fürchtete, der Nachfolger des ermordeten Präsidenten werde nicht die verständliche Haltung einnehmen, welche Lincoln auszeichnete. Als die erste Bähmung zu schwinden anfing und die Fondsbörse ihre Thätigkeit wieder aufnahm, trat eine gewaltige Veränderung der Kursverhältnisse zu Tage. Englische Consols fielen um 1%, auswärtige Fonds 1/2 - 1%; doch erholsen sich beide nach und nach wieder um etwa die Hälfte. Amerikanische Sicherheiten erlitten natürlich die stärksten Schwankungen, einzelne derselben blühten von 5 bis 8% ein. Die Verwirrung stieg noch, als die Zahlungseinstellung einer Firma, welche in amerikanischen Fonds viel gearbeitet hat, angekündigt wurde. Die südstaatliche Baumwoll-Anleihe schnellte um mehrere Prozent in die Höhe, drückte sich jedoch später wieder auf den anfänglichen Kurs (13 - 15) hinab. Aus Frankreich hat die Familie Richard Cobden's noch weitere Beweise der Theilnahme empfangen. Der Kaiser hat aus den Tuileries am 20. April an Hrn. Karl Cobden, den Bruder des Verstorbenen, folgende Zeilen gerichtet:

Mein Herr! Ich habe an dem Unglück, welches Ihre Familie betroffen hat, großen Antheil genommen; denn Hr. R. Cobden hat für Frankreich stets eine große Sympathie gezeigt, und sein Einfluß auf seine Landesleute konnte nur dazu beitragen, die Bande noch enger zu ziehen, welche England und Frankreich vereinigen. Ich bitte Sie, seiner Wittve mein tiefes Bedauern auszusprechen und die Versicherung meiner hohen Achtung entgegenzunehmen. — Napoleon.

An Fran Cobden hat Prinz Napoleon ein Kondolenzschreiben gerichtet, worin es heißt:

Die persönlichen Beziehungen, in welchen ich zu diesem so vortrefflichen und so bescheidenen Biedermann gestanden habe, hatten mir große Achtung und aufrichtige Freundschaft für ihn eingeblüht. ... Richard Cobden wird von allen wahren Freunden der Freiheit und des Fortschrittes beweint. Männer seines Charakters und Werthes sind selten; sie gehören der ganzen Menschheit an.

Amerika.

* **Neu-York**, 15. Apr., Mittags. (Nachträgliche per „Nova Scotian“.) In drei Kolonnen ist General Sherman am 9. v. v. von Goldsborough ausmarschirt. Johnston räumte Raleigh und zog sich in westlicher Richtung zurück; die Stadt unter dem Schutze der Kavallerie Hampton's lassend; er soll den Weg nach Greensborough eingeschlagen haben. Greensborough liegt etwa 25 Meilen südlich von Danville. — Wie die „New-York Times“ sagt, hat Lee versprochen, er werde sich bemühen, eine völlige Einstellung der Feindseligkeiten zu Wege zu bringen. — Der Gouverneur von Nord-Carolina wird, wie es heißt, in den nächsten Tagen die Legation zusammenberufen, um die Secessionserklärung zu annulliren und den Staat der Union zurückzuführen. — Die Belagerung von Mobile fort; ein Magazin in Spanisch fort ist explodirt. Thomas wird mit starker Truppenzahl auf der Nordseite Mobile's erwartet, und Wilson's Kavallerie, welche Alabama durchstreift, rückt gleichfalls gegen Mobile an. Es geht das Gerücht, Hr. Adams werde aus London zurückberufen werden, um das Staatsministerium (an Seward's Stelle) zu übernehmen.

* **Mexiko** (über Neu-York). Einem Blatt aus Neu-Orleans zufolge wäre aus Mexiko die amtliche Meldung gekommen, daß der Oberbefehlshaber der Juaristischen Armee in Centralmexiko den Kampf aufgegeben und seine Truppen nach Hause geschickt hat.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 24. Apr. 76. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Präsident Hildebrandt. Am Ministerisch Staatsrath Vogelmann. Erkrankt sind gemeldet die Abgg. Kufel, Baer und Lamey (Horsheim). Es sind Petitionen eingelaufen: Von den Gemeinderäthen und Bürgerausschüssen von Salem und Waldorf wegen Verbindung der Radebühl-Stockacher Bahn mit Friedrischshafen; ebenso von Mimmenshausen und von Warldorf. Wegen der Schulreform sind ferner eingelaufen 134 gleichlautende Petitionen.

- Abg. Moil erstattete den Kommissionsbericht über
- 1) den Handels- und Schifffahrts-Vertrag zw. zwischen dem Zollverein und Frankreich;
 - 2) den Handels- und Zollvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich;
 - 3) die Verträge der betreffenden deutschen Regierungen über Verlängerung des Zollvereins, und
 - 4) den neuen Zollvereins-Tarif und den Zeitpunkt der Einführung desselben.

Der sehr eingehende Bericht (wegen der in Folge der bekannten Verhältnisse so kurz bemessenen Frist für die Arbeiten der Kommission konnte derselbe vorher nicht gedruckt werden) beantragt die Annahme sämtlicher Vorlagen.

Nach einem Rückblick auf die Geschichte und Entwicklung des Zollvereins erörterte der Berichterstatter die Bedingungen für einen fernern günstigen Aufschwung der deutschen Gewerthätigkeit und des Handels. In dem unmittelbaren Verkehr mit andern Nationen, sagte er, liegt für ein intelligentes, freies Volk die sicherste Gewähr einer gesunden Entwicklung aller seiner Kräfte, das sicherste Fundament, wie für die Förderung aller ihm innewohnenden materiellen Mittel, seines Wohlstandes, seiner Machtstellung, so für seinen politischen, geistigen und sittlichen Fortschritt. In unmittelbarem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Grundfragen, welche in den vorliegenden Verträgen ihren Ausdruck gefunden haben, steht eine Reihe von Maßregeln, welche dringend zu befehlen sind, vor Allem die Sicherung des Einflusses der Volksovertretungen auf die Zollvereins- und Handelsverträge, ferner eine Reform des deutschen Konsularwesens, die Durch-

führung der Freizügigkeit für ganz Deutschland, die Ausbildung des Exportwesens, einschließlich des Kanalwesens. Wegen der schon seit längerer Zeit auf Grund des französischen in Aussicht stehenden Verträge mit Belgien, England und der Schweiz sind Verhandlungen bereits eröffnet, doch auch Abschlüsse zunächst mit Italien und Rußland dringend zu wünschen.

In Bezug auf den Vertrag mit Oesterreich ist besonders zu bemerken, daß die Sätze des neuen österreichischen Tarifs, wenigstens bei Halb- und Ganzfabrikaten, beinahe durchgängig sich höher stellen, als in dem bisherigen gegen den Zollverein gültigen Zwischen-Zolltarif. Es wird dadurch der Absatz vereinsländischer Erzeugnisse nach Oesterreich gegen früher unverkennbar erschwert, und der größte Vortheil bei dem Vertrag liegt auf der Seite Oesterreichs, wie der Bericht ausführlicher nachweist.

So bereitwillig die Kommission den Fortschritt, welcher durch die Aufhebung der Uebergangsteuer auf Wein gemacht ist, anerkennt, so muß sie doch das ganze System der Uebergangsteuer beseitigt wünschen. Insbesondere stellt sie den Antrag: „Hoch Kammer wolle den dringenden Wunsch zu Protokoll geben, großh. Regierung möge ihren ganzen Einfluß dahin verwenden, daß die innerhalb des Zollvereins zur Zeit noch bestehende Uebergangsteuer auf Rohabak und Tabakfabrikate möglichst bald aufgehoben werde.“

Daß das Präjudizium an den Zollvereins-Einnahmen an Hannover jetzt in einer Form gewährt sei, welche dessen baldiges Aufheben verbürgt, ist sehr befriedigend, aber bedauerlich, daß die neuen Verträge zur Erhöhung der Steuer auf Salz in Hannover geführt haben. Der Berichterstatter beleuchtet die wirtschaftliche und physiologische Bedeutung der möglichen Beförderung des Salzkonsums und spricht den Wunsch aus, daß großh. Regierung den Bemühungen für die Aufhebung des Salzmonopols sich anschließende möge.

Die Kammer genehmigt die Beratung des Berichts in abgekürzter Form. Abg. Gerwig hält die Kammer verpflichtet, besonders anzuerkennen, daß die Politik der Regierung in den Zollfragen eine so glückliche gewesen sei. Der Handelsvertrag mit Frankreich befaßt durchaus nicht die deutsche Industrie zu Gunsten der französischen. Für die Schwärzwälder Industrie, vornehmlich die Uhrenfabrikation, verspreche derselbe die günstigsten Folgen. Abg. Roschitz will nicht gegen die Verträge stimmen, doch hält er dafür, daß die Klagen über das Zustandekommen des Vertrags mit Frankreich Manches für sich hätten. Was dieser Vertrag bringen werde, sei nicht gewiß, doch alle Bedenken müßten vor der Bedeutung des erneuten Abschlusses der Zollvereins-Verträge schwinden.

Staatsrath Vogelmann dankt dem H. Hause für das Vertrauen, welches dasselbe bei den Verhandlungen über die Zollangelegenheiten der Regierung bewiesen habe. Leider liege es die Umstände nicht zu, daß die Regierung sich bei diesen Verhandlungen unmittelbar auf die Kammer stützen konnte. Ebenso bedauert die großh. Regierung, daß es ihr bei der Lage der Verhältnisse nicht möglich war, für eine Reform der Zollvereins-Verfassung zu wirken. Bei den Verhandlungen mußten sich die Hauptanforderungen der großh. Regierung und ihres Bevollmächtigten dahin richten, daß jene ausschließlich auf das wirtschaftliche Gebiet verwiesen wurden und auf denselben blieben. So wurde erreicht, daß die Verhandlungen mit Frankreich mit der Vereinbarung des Tarifs begannen. Dabei handelte es sich nicht um eine Parität der Sätze, sondern der Konzeptionen. Eine Aenderung des Art. 31 des Vertrages mit Frankreich konnte die großh. Regierung, trotz ihrer Bemühungen nicht erreichen. Doch wurde es möglich, daß auch für die Verhandlungen mit Oesterreich der Tarif zur Grundlage genommen wurde. Es muß konstatiert werden, daß nicht der Tarif, sondern der Art. 31 den Anlaß zu den Schwierigkeiten gegeben hat, welche bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Zollvereins von verschiedenen deutschen Regierungen erhoben wurden. Was die von der Kommission der Kammer ausgesprochenen Wünsche betrafte, so sei es zweifellos richtig, daß die zwischen den einzelnen Zollvereins-Staaten noch bestehenden Verkehrsbeschränkungen hinwegzuräumen seien. Doch ergeben sich dabei große praktische Schwierigkeiten. Die in Wien veranlassete Zollvereins-Konferenz sei übrigens schon mit Beratungen über die Besteuerung des Salzes beschäftigt; es handle sich darum, das in verschiedenen Staaten bestehende Salzmonopol in eine gemeinsame Salzsteuer umzuwandeln. Da nicht bloß die Produktion, sondern auch die Konsumtion des Salzes in den einzelnen Staaten sehr verschieden sei, so wären umfassende statistische Erhebungen nöthig. Es sei dahin zu wirken, daß die Steuer nicht zu hoch und der Salzpreis künftig nicht etwa höher werde als jetzt; auch sei dringend zu wünschen, daß der Regierung die Möglichkeit erhalten bleibe, der Landwirtschaft und einzelnen Industriezweigen das Salz zu einem niedrigeren Preis zu verschaffen.

Die Uebergangsteuer seien wohl sehr lästig, doch durch die Ungleichheit der in den Zollvereins-Staaten bestehenden Steuer-systeme vorläufig noch geboten. Es werde wohl noch lange Zeit ein strommer Wunsch bleiben, daß alle Zollvereins-Staaten ein gleiches Steuer-system erhalten; erhebt doch auch Baden Uebergangsteuern. Die Uebergangsteuer auf Tabak werde von der preussischen Regierung, welcher sie jährlich ca. 150,000 Mthl. einbringe, vertheiligt und dieselbe mache geltend, daß der Pfälzer Tabak bedeutend besser als ihr inländischer Tabak sei und derselbe durch die Uebergangsteuer nicht härter getroffen werde, als das in Preußen gewonnene Produkt durch die dortige Tabaksteuer. Eine Erleichterung sei, daß jetzt die zollfreie Verwendung von Tabakproben bis 10 Pfd. gestattet werde.

Abg. Kopper: Preußen habe seine Moststeuer aufgehoben, um die Uebergangsteuer auf Wein aufheben zu können, und könne in ähnlicher Weise auch mit seiner Produktionssteuer auf Tabak verfahren. Die Schwierigkeiten bei der Erhebung der Uebergangsteuer seien sehr drückend für den Handel. Der Meinung, daß die Uebergangsteuer die Pfälzer Tabake wegen ihrer Güte nicht besonders schwer treffe, stehe der Umstand entgegen, daß nur die geringeren Sorten desselben nach Preußen gelangten, indessen die besten Sorten nach fernern Ländern exportirt würden.

Staatsrath Vogelmann: Die Schwierigkeiten bei der Beseitigung der Uebergangsteuer auf Wein, bei welcher sämtliche süddeutsche Staaten theilhaftig waren, waren so groß, daß die Hoffnung nicht gefaßt werden konnte, bei den letzten Verhandlungen auch die Uebergangsteuer auf Tabak fortzuschaffen, bei der allein Baden theilhaftig ist. Jedemfalls trete die Regierung dem von der Kommission ausgesprochenen Wunsch nicht entgegen. Die Besteuerung des Tabaks sei ein Objekt von großer fiskalischer Bedeutung und eine anderweitige Regelung derselben durchaus im Interesse der Regierung.

Abg. Moil spricht die Hoffnung aus, daß sich ein Weg finden werde, welcher gestattet, die Salzmonopole aufzuheben und eine für den ganzen Zollverein gemeinsame niedrige Steuer einzuführen.

Können die politischen Schranken zwischen den einzelnen deutschen Staaten noch nicht fallen, so sei doch bei geschäftsmäßiger Behandlung der Fragen wohl die Beseitigung der kommerziellen Schranken möglich.

Es erfolgte die namentliche Abstimmung der Kammer über die oben angeführten Vorlagen. Es waren 42 Mitglieder gegenwärtig. Dieselben genehmigten die Verträge einstimmig. Dann trat die Kammer dem Antrag der Kommission in Betreff der Uebergangsteuer auf Tabak bei.

Nächste Sitzung Mittwoch 3. Mai. (Tagesordnung: die Eisenbahn-Verträge.)

† Karlsruhe, 29. Apr. 28. Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 1. Mai, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Beratung des Berichts des Geh. Rathes Dr. Stuntz über die Zoll- und Handelsverträge.

Vermischte Nachrichten.

— **Speyer**, 26. Apr. (S. M.) In den ersten Tagen des Mai wird endlich die längst ersehnte Neustadt-Dürkheimer Eisenbahn dem Verkehr übergeben werden und die bedeutendsten Weinorte des Hardtgebirges in das große Eisenbahn-Netz aufnehmen. Die Stationen sind Ruppach mit 2344 S., Deidesheim mit 2659 S., Wachenheim mit 2663 S., und Dürkheim 5550.

— **Stuttgart**, 27. Apr. Durch den Pferdemarkt kamen diesmal bei etwa 700 verkauften Pferden 380,000 fl. in Umlauf; ferner für 30 Pferde aus dem k. Landgestüt 14,916 fl., für 7 aus dem k. Postgestüt 3532 fl., und für 25 aus dem k. Privatgestüt 17,126 fl.; mit Dem, was aus Wagen, Pferdegeschirren u. s. w. erlöset wurde, mindestens 1/2 Million Gulden.

— **Wie der „Generalcor.“** aus London mitgeteilt wird, ist dort der ungarische Flüchtling Georg Kmetz am Nervenschlag gestorben.

— **Über den Fall einer unvorhergesehenen Erledigung der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika** enthält die nordamerikanische Verfassung in Art. II folgende Bestimmungen:

„Wenn ein Präsident von seinem Amt entsetzt wird, stirbt, es niederlegt oder unfähig wird, so zu verwalten, so übernimmt der Vizepräsident seine Geschäfte; sollte aber auch einer dieser Fälle sich bei dem Vizepräsidenten ereignen, so muß der Kongreß erklären, welcher Beamte die Stelle des Präsidenten vertreten soll. Derselbe soll alsdann das Amt des Präsidenten verwalten, bis die Unfähigkeit gehoben, oder ein neuer Präsident gewählt ist.“

— In Folge der schmachvollen Morbanfälle in Washington erinnern die Zeitungen an folgende Anzeige, welche im Dezember oder Januar in der „Selma Dispatch“, einem in Alabama erscheinenden Blatte zu lesen war: „Eine Million Dollars wird verlangt, um bis zum 1. März den Frieden zu erlangen. — Wenn die Bürger der südlichen Konföderation mit einer Million Dollars in baarem Gelde oder in gutem Papier liefern wollen, so werde ich Abraham Lincoln, William H. Seward und Andrew Johnson bis zum 1. März ermorden lassen. Dies wird uns zum Frieden verfehlen und die Welt überzeugen, daß Tyrannen in einem freien Lande nicht leben können.“ Wenn dies nicht ausgeführt wird, so wird nicht reklamirt werden, mit Ausnahme einer Summe von 50,000 Dollars, die vorausbezahlt werden muß und die notwendig ist, um die drei Schurken zu erschlagen. Ich selbst werde 1000 Dollars zu diesem patriotischen Werke beisteuern. Jeder, der sich an diesem Werke theilnehmen will, schreibe an das Fach X Cahaba, Alabama. Dezember 1. 1864.

Nachricht.

Telegramme.

Wien, 29. Apr. (Fr. Z.) Die österreichische Antwortdepesche auf den Vorschlag Preußens, die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände betreffend, ist am Donnerstag abgegangen. Wesentlich zustimmend bedingt sich die österreichische Regierung nur aus, daß die Kompetenz der Stände nicht ausschließlich auf die Erörterung der preussischen Forderungen beschränkt werde.

Turin, 29. Apr. (W. L. B.) In der Deputirtenkammer hat gestern das Ministerium den Gesetzentwurf über Aufhebung der geistlichen Korporationen zurückgezogen. Heute fand die letzte Sitzung der Kammer in Turin statt. Der Antrag, zu erklären, daß diese Stadt sich wohl verdient um das Vaterland gemacht habe, wurde durch Akklamation angenommen.

Paris, 29. Apr. (W. L. B.) Der Prinz Murat ist nach dem „Moniteur“ nach Nizza gegangen, um im Namen des Kaisers und der Kaiserin zu kondoliren.

Nizza, 28. Apr. (W. L. B.) Die kaiserliche Familie von Rußland ist auf Sonntag in Lyon erwartet, wo sie mit dem Kaiser Napoleon zusammentreffen wird.

Madrid, 28. Apr. (W. L. B.) In der Deputirtenkammer wurde der Antrag auf parlamentarische Untersuchung der letzten Unruhen mit 154 gegen 104 Stimmen verworfen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

28. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.96	+ 11.5	S.W.	bewölkt	Sonnensch., frisch
Mittags 2 „	89.3	+ 19.3	„	„	„
Nachts 9 „	9.10	+ 13.7	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kromlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 30. Apr. 2. Quartal. 60. Abonnementsvorstellung. **Der Feensee**; große Oper mit Ballet in 5 Akten, Musik von Auber.

Dienstag 2. Mai. 2. Quartal. 61. Abonnementsvorstellung. **Ein Gut**; Lustspiel in 1 Akt, nach E. v. Girardin von Grandjean. Hierauf: **Der Valetot eines Diplomaten**; Lustspiel in 3 Akten, von Dr. v. Franz.

Topogr. Karten des Großh. Generalstabes.

N. v. 478. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe sind vorrätig:

- Topogr. Atlas von Baden in 53 Bl. Maßst. 1:50,000. Jedes ganze Blatt Orig.-Abdr. 1 fl. 1/2. Ueberdruck 30 fr. Halbe Blätter Orig.-Abdr. 30 fr. Ueberdruck 30 fr.
Uebersichtskarte von Baden in 6 Bl. mit großen Zeichnungen der Rheinpfalz, Baden, Hessen und Württemberg. Maßst. 1:200,000. Jedes Blatt Orig.-Abdr. 1 fl. Ueberdruck 30 fr.
Karte vom Großh. Baden in 1 Blatt. Maßst. 1:200,000. Orig.-Abdr. 2 fl. Ueberdruck 30 fr.
Karte der Umgebung von Karlsruhe in 4 Blättern. Maßst. 1:20,000. Jedes Blatt 1 fl.
Karte der Umgebung von Freiburg in 4 Blättern. Maßst. 1:20,000. Jedes Blatt 1 fl. 12 fr.
Karte der Umgebung von Mannheim in 2 Blättern. Maßst. 1:20,000. Jedes Blatt 1 fl. 24 fr.
Karte der Umgebung von Rastatt in 4 Blättern. Maßst. 1:20,000. Jedes Blatt 1 fl. 48 fr.

Alle diese Karten sind auch auf Leinwand gezogen u. haben.

Soolbad Dürrheim.

N. v. 554. Nr. 418. Die Eröffnung des hiesigen Soolbades und Soolbampfes mit Doucheneinrichtungen findet am 1. Juni d. J. statt.
Wir bringen dies mit dem Anfügen, daß sich darüber ein Badeort und eine Apotheke befinden, zur öffentlichen Kenntniß.
Ludwigsaline Dürrheim, den 27. April 1865.
Gr. Gb. Salinverwallung.

Vieh-Versicherungsbank für Deutschland.

Auf den Wunsch des Herrn G. F. Gasser in Karlsruhe, der bisher unsere Agentur für Karlsruhe leitete, haben wir denselben hiermit mit allem Vergnügen dieser Funktion.
Mannheim, den 28. April 1865.
Die General-Agentur
S. Lederle.

„Helvetia“, Schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft in St. Gallen.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß Herr G. F. Gasser in Karlsruhe nicht mehr unser Agent ist.
Mannheim, den 28. April 1865.
Die General-Agentur
H. Würth.
Firma: S. Lederle.

Material- u. Kohlenlagerplätze.

Wir haben in der Gegend von Karlsruhe mit dem Großh. Braun'schen Hofbuchhandel in Karlsruhe einen großen Lagerplatz für Material und Kohlen angekauft, werden bei unserm Hauptmagazin vor dem Friedrichshof von uns pachtweise abgegeben.
Karlsruhe, den 27. April 1865.
Die bad. Gesellschaft für
Tabak-Produktion und Handel.

Geometergehilfe.

Ein mit der praktischen Geometrie vertrauter junger Mann sucht bei einem Geometer passende Beschäftigung. Anerbietungen mit den Buchstaben K. P. bezieht die Expedition dieses Bl.

Commisgesuch.

In ein Kurzwaaren-Geschäft wird ein mit dieser Branche vertrauter Commis gesucht.
Offerte franco unter Nr. 60 an die Expedition dieses Blaus.
N. v. 514.

Für Posamentiere.

Da durch das Ableben meines Vaters sich hier kein Posamentier befindet, so wäre einem tüchtigen Posamentier Gelegenheit geboten, sich hier zu etabliren, und könnte derselbe alle Werkzeuge von der Unterzeichnerten zu äußerst billigem Preise übernehmen.
K. J. Jann Wittwe.

Stroharbeiter.

ein geübter, findet gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung bei
J. Schmidt,
Strohhut-Fabrikant in Rastatt.
N. v. 595. Mannheim.

Guano.

aus den Anfuhrern der Peruanischen Regierung bei G. Köhler & Koch in Mannheim.
N. v. 595. Mannheim.

Apothekerkaufgesuch.

Zu einer Stadt oder einem kleinen Orte des Großherzogthums Baden wird eine Apotheke zu kaufen gesucht.
— 10,000 fl. können als Anzahlung geleistet werden.
Bei Kaufinteresse belieben ihre Adressen an Unterzeichneten, der mit dem Ankauf beauftragt ist, einzusenden.
Karlsruhe, den 24. April 1865.
Dr. C. Niegel, Apotheker.

Empfehlung.

Die Unterzeichneten empfehlen ihre Düngerpräparate, als: gekämpften und gedämpften Knochenmehl, Superphosphat, Weinberg- und Weidenzünger. Preislisten franco zu Diensten.
Chemische Fabrik bei Karlsruhe.
Otto Pauli.

Gewinnziehungen von Staats-Anlehens-Lotterien

in welchen man sehr bedeutende Gewinne erlangen kann, ohne die Einlage zu verlieren zu können, finden fast jede Woche statt.
Das unterzeichnete Handlungshaus empfiehlt namentlich die kleineren Anlehens-Loose, welche schon von fl. 7. — an zu haben sind, und ist dasselbe auf frankirte Anfragen gerne bereit, solche vorzuschlagen, die sich als Kapitalanlage am besten eignen.
Man beliebe sich daher direkt zu wenden an

Isidor Bottenwieser,
Bank- und Staats-Effekten-Geschäft in Frankfurt a. M.
PS. Aufträge auf Wechsel- und sonstige Staatspapieren-Geschäfte werden prompt ausgeführt und Einzahlungen jeder Art gegen geringe Provision rasch befort.

Der Landesverein badischer Feuerwehren.

An die Kommandanten bad. Feuerwehren.
N. v. 386. Um mit den nöthigen Vorbereitungen zu beginnen zu können, erlauben wir die Kommandanten, um eine möglichst genaue Uebersicht über den Stand der Mannschaften, sowie deren Geräthschaften zu haben, und darnach eine genaue Aufstellung vorfertigen zu können, und die nachstehenden Fragen in nächster Zeit zu beantworten:

- a) Wie viel Mannschaft zählt das Korps?
b) Wie ist dasselbe eingetheilt?
c) Welche Ausrüstungsgegenstände besitzt dasselbe?
d) Wie viele Spritzen und welcher Konstruktion hat dasselbe zu bedienen?
e) Besteht eine Hilfsmannschaft und wie ist diese organisiert?
Gleichzeitig erlauben wir uns, diejenigen Korps, die noch nicht dem Vereine beigetreten sind, zum Beitritt in kameradschaftlicher Weise einzuladen und gleichzeitig obige Fragen zu beantworten.
Karlsruhe, den 11. April 1865.
Der Präsident des Landesvereins badischer Feuerwehren.
G. Stempf.
Der Sekretär: Daefchner.

Anzeige und Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiemit die Anzeige zu machen, daß er laut letztwilliger Verfügung des am 22. v. M. verstorbenen

Herrn Waagenfabrikanten Franz Ruppert

vom heutigen Tage an die von dem Verstorbenen betriebene Waagenfabrik mit sämmtlicher Aktiven und Passiven übernommen, und unter der bisherigen Firma für eigene Rechnung fortführen wird.
Karlsruhe, den 25. April 1865.
Job. Cramer.

Münchener Lagerbier vom Spatenbräu

empfehlen in gros
C. Daefchner.
N. v. 526. Karlsruhe.

Biehverkauf.

Auf dem Gute Maximiliansau am Rhein bei Kitzingen werden aus der Hand verkauft:
1 zweijähriger Fohlen des j. g. Limburger Schlags,
1 einjähriger Fohlen reiner Holländer Race,
1 einvierteljähriges Fohlen, Kreuzung der Holländer Race und des Limburger Schlags.
Näheres bei Gutsbesitzer Glasfetter.
Karlsruhe, den 27. April 1865.
Marktgräfliche Gutsverwaltung.

Glockenlieferung.

Die Gemeinde Kitzingen, Amts Bruch, beabsichtigt, eine neue Glocke im Gewicht von ca. 200 Pfd. anfertigen zu lassen. Zu dem Ende der vorhandenen größten Glocke soll die Glocke zur Bildung der Dläde den Ton F erhalten. Es soll vom besten Metall dazu verwendet, und zum Umtausch die alte vorhandene Glocke, im Gewicht von ca. 120 Pfd., an Werth vom jeweiligen Ueberschusse angenommen werden.
Leistende Ueberschüsse wollen daher ihre schriftlichen Angebote bis 14. Mai d. J. an den Gemeinderath unter der Aufschrift „Glockenlieferung“ franco einreichen:

- 1) Wie hoch der Preis per Pfund der neuen Glocke gefordert;
2) wie das Metall der alten Glocke per Pfund an Werth angenommen;
3) wie hoch die übrige Zugabe, als Zugs, Schwengel, Kitzring nach Erforderniß berechnet;
4) wie hoch die Kosten für Anfertigen, Anhängen der Glocke veranschlagt werden, wobei von Seiten der Gemeinde die nöthige Hilfe zu leisten, sowie der Transport der Glocke dorthin und die alten Glocke zurück übernommen wird.
Endlich auf wie lange der Gemeinde die Garantie für die Dauerhaftigkeit zugesichert wird.
Kuzgen, den 26. April 1865.
Der Gemeinderath.
Guldenstuh, Bürgermeister.
vdt. Schälin.

Liegenschaftsversteigerung.

Aus dem H. Glasse der Schiffwirth Georg Weiermann's Wittwe, Enkelverba, georne Sublingter, von Steinmüllern werden der Erbtheilung wegen am
Dienstag den 23. Mai d. J.
Morgens 10 Uhr anfangend,
im Gasthaus zur Sonne in Steinmüllern die nachbeschriebenen Liegenschaften öffentlich veräußert und der Zuschlag ertheilt, wenn mindestens der Anschlag geboten wird.

Table with columns for Liegenschaft, Anschlag, and other details. Includes entries for 1. Eine zu veräußernde Behaulung mit der Realwirtschaftsgerichtsbarkeit zum Schiff, 2. Eine einstufige, neuerbaute Behaulung, 3. 22 Morgen 121,8 Ruthen Garten, Ackerfeld und Wiesen in 50 Parzellen.

In derselben Tagfahrt wird auch der Wasserfleger und ein Gläubigerausweis ernannt, auch ein Borg- und Nachlassvergleich verhandelt, und es werden in diesen Beziehungen die nicht Erschienenen als der Mehrzahl der Erschienenen beitreten angesehen.

Die Ausländer haben spätestens bis dahin einen im Inlande wohnenden Einbürgungsgewalthaber aufzustellen, indem sonst alle künftigen Verfügungen mit voller Rechtswirkung nur auf die Post bezogen werden.

Karlsruhe, den 24. April 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
C. v. Teuffel.

N. v. 398. R. G. Nr. 3497. Freiburg. (Aufsicht über die Fabrikation.) Der Soldat Jakob Haarmann von Siegelhausen ist der Desertion, der Entwendung einer Uhr im Werth von 6 fl., und einer Uhrkette, im Werth von 18 fr., zum Nachtheil von Kriegsgenossen, damit eines fortgesetzten Kameraden diebstahls, und der Unterschlagung von Kleidungsstücken, im Werth von 27 fl. 18 fr., zum Nachtheil des Balentin Klein zu Breisach, angeklagt. Derselbe ist auf flüchtigen Fuß gefest, so wird er aufgefordert, sich binnen 14 Tagen

dahier zu stellen und zu rechtfertigen, widrigenfalls nach Lage der Akten das Urtheil gegen ihn erfolgen sollte. Zugleich wird um Fahndung auf den Soldaten Haarmann abgeben.

Freiburg, den 27. April 1865.
Großh. Kommando des 3. Infanterie-Regiments.
v. Billiez, Oberst.

N. v. 925. Nr. 887. Forzheim. (Aufsicht über die Fabrikation.) Der Schneidermeister Karl Kurz von Hohenstraß, königl. k. k. Oberamts Weinsberg, steht wegen Diebstahls dahier in Untersuchung, daß sich aber derselbe durch die Flucht entzogen. Karl Kurz, dessen Signalement unten folgt, wird daher aufgefordert, sich binnen 3 Wochen

dahier zu seiner Einvernahme zu stellen, da sonst das Erkenntniß gegen ihn nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt würde.

Zugleich bitten wir um Fahndung auf Kurz und um Einlieferung im Betretungsfalle.
Mitter, 20 Jahre; Größe, 5' 3"; Statur, schwächlich; Gesicht, oval; Haare, braun; Stirne, hoch; Augen und Augenbrauen, braun; Nase und Mund, proportionirt; Zähne, gut; Rinn, rund.
Forzheim, den 27. April 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Boeckh.

N. v. 930. Nr. 8865. Forzheim. (Aufsicht über die Fabrikation.) Der ledige Bäckermeister Christian Schwarz von Obertheinrich, königl. k. k. Oberamts Weinsberg, steht dahier auf Antrag der großh. Staatsanwaltschaft wegen Entwendung einer silbernen Halb-Epindelrühr, zum Nachtheil seines Nebengesellen Eduard Bogt, und damit wegen gemeinen, im ersten Rückfall in dasselbe Vergehen verübten Diebstahls in Untersuchung, hat sich aber derselben durch die Flucht entzogen. Derselbe wird daher aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen bei diesseitigem Gerichte zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden. Zugleich bitten wir, auf die entwendete Uhr, sowie auf Christian Schwarz zu fahnden und Bestreuen im Betretungsfalle anzuzeigeln.

Die Uhr hat ein geschlossenes Glas, das Werk ist von hinten durch ein festes Messingplättchen zum größten Theil gedeckt, an welchem sich jedoch ein schwachgehobelter Silberdeckel anfährt.

Um den Bleiberging befand sich ein aus halbgedrehten runden Bleichen bestehendes, nur 4 Finger langes messingenes Ketten, an dessen Ende ein Uhrschlüssel, aus einem einzelnen Ringe nebst Kanone zusammengeleitet, angebracht ist.

Forzheim, den 27. April 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Schember.

Keine grauen Haare mehr! Melanogène. Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.
Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. N. v. 356.

Keine grauen Haare mehr! Melanogène. Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39. Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.
Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. N. v. 356.

Table with columns for Frankfurt, 23. April 1865, Staatspapiere, and Anlehens-Lotterien. Lists various financial instruments and their values.